

**Demokratie stärken -**

**Aktiv Die LINKE unterstützen**

**Wohngebietsnahe Basisgruppen in der gesamten Stadt bieten Möglichkeiten zum Mitmachen.  
Kontaktadressen: Stadtvorstand in der Blumenstr. 16**

# Linkes Blatt DIE LINKE.

18. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

14. Oktober 2008

## **Brief von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine an die Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE zur Diskussion des Entwurfes des Wahlprogrammes für die Europawahlen am 7. Juni 2009**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Am 7. Juni 2009 sind Europawahlen. Wir wollen eine starke Gruppe der LINKEN im EP und damit eine wirksame „Gemeinsame Fraktion der Linken“ im Europäischen Parlament. Dann haben wir auch eine gute Ausgangsposition für die 2009 anstehenden Bundes- und Landtagswahlen.

DIE LINKE ist eine pro-europäische Partei. Sie will ein demokratisches und soziales Europa. Globale Herausforderungen des gegenwärtig ungezügeltten Kapitalismus sind nur lösbar, wenn sie in den Kommunen, den Regionen, den Nationalstaaten und in Europa gemeinsam angepackt werden. Wir erleben allerdings seit Jahren, dass die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten vor allem den Interessen des global agierenden Kapitals folgt und sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verschlechtern. Dies wollen wir ändern. Deshalb fordert DIE LINKE

einen grundlegenden Politikwechsel in der EU und in den Mitgliedsstaaten. Ein anderes, ein besseres Europa beruht auf sozialer Sicherheit, demokratischer Teilhabe aller Menschen, ziviler Friedenssicherung, ökologischer Nachhaltigkeit, der Gleichstellung der Geschlechter und einer wirtschaftlichen Entwicklung, die den Menschen dient. Es ist ein Europa der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Wir übergeben Euch heute den ersten Entwurf für ein Europawahlprogramm der LINKEN. In diesem Entwurf sind Forderungen und Wege vorgeschlagen, wie wir zu einem besseren Europa gelangen.

Wir beginnen mit einer breiten europapolitischen Debatte, die mit einem Europawahlprogramm für die kommenden fünf Jahre nicht beendet sein wird.

Bitte diskutiert den Programm-entwurf in den AGs und IGs, den Zusammenschlüssen, fachübergreifend, und macht Euch in Mitgliederversammlungen mit den

Vorschlägen vertraut. Bezieht auch die Gewerkschaften, Aktive aus sozialen, demokratischen und Friedensbewegungen in Eure Debatten ein. Denn mit unserer Forderung nach einem grundlegenden Politikwechsel stehen wir zum Glück nicht allein - und wir können ihn auch nicht allein bewältigen. Dazu bedarf es vieler demokratischer Kräfte - in ganz Europa.

Die Hinweise, Ratschläge und Einschätzungen aus der innerparteilichen Debatte benötigen wir bis zum 30. November 2008. Bitte sendet sie elektronisch an: [strategie.politik@die-linke.de](mailto:strategie.politik@die-linke.de) oder ins Karl-Liebknecht-Haus. Anschließend wird daraus der Entwurf für den Leitantrag zum Europaparteitag am 28. Februar 2009 erarbeitet. In diesem Sinn wünschen wir uns allen eine ergebnisorientierte und motivierende Diskussion.

Mit freundlichen Grüßen  
Lothar Bisky  
und  
Oskar Lafontaine

## „Diktaturen“ - Gedanken zu einer Themengruppe des aktuellen Volkshochschulprogrammes

Ein Blick in ein Volkshochschulprogramm kann recht interessant sein. Das aktuelle Programm unserer städtischen Volkshochschule offenbart - wieder - ein vielfältiges Angebot aus den verschiedenen Wissensgebieten und Tätigkeitsbereichen.

Da wird schon Lust auf Mittag und Nutzung erzeugt.

Ziemlich nachdenklich haben mich allerdings im Abschnitt „Geschichte, Zeitgeschichte“ 6 Themen gestimmt, die sämtlich eingeleitet werden mit „Unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur“. Die Rede ist von den „Diktaturen der Nationalsozialisten und Kommunisten“ (in einem anderen Abschnitt von „Terror der Sowjets in Mitteldeutschland“). Man fühlt sich bei einem solchen Sprachgebrauch in finstere Zeiten zurückversetzt, da gibt es keine DDR, keinen (und sei es in Anführungsstrichen gesetzt) sozialistischen Staat, aber es gibt „Nationalsozialisten“. Etwas zugespitzt formuliert: Was dem Nazisystem sprachlich zugestanden wird, das wird der DDR verwehrt. Man vergleiche bitte einmal derartige Formulierungen mit den kritischen und sachlichen Texten, die in und an der Leipziger Nikolaikirche - bekanntlich Ursprungsort der 1989 begonnenen friedlichen Umwälzung - zu lesen sind.

Zwischenbemerkung:

Die Volkshochschule ist, so heißt es in ihrer Satzung, in der Lehre frei.

Dies ist ganz wichtig, kann aber

wohl nicht bedeuten, dass einzelne Inhalte nicht kritisierbar sein dürfen.

Meine Nachdenklichkeit geht über einzelne Formulierungen hinaus und ergibt sich aus einer inhaltlichen Sicht: Von den genannten 6 Themen ist eines der Nazidiktatur, vier hingegen sind der „kommunistischen Diktatur“ zugeordnet (ein Thema - Stichwort „Zeugen Jehovas“ - ist auf beide Gesellschaftssysteme bezogen). Hunderte Menschen, die im „Roten Ochsen“ inhaftiert waren, so heißt es im übergreifenden Text zu den Themen, fanden „in den Diktaturen der Nationalsozialisten und Kommunisten nachweislich per Gerichtsurteil den Tod.“ Hier werden also m. E. in unzulässiger Weise - das Naziregime und die DDR in einem Atemzug genannt.

Die Fakten: Im „Roten Ochsen“ wurden - dies ist seit einigen Jahren bekannt - zwischen dem 23. November 1942 und dem 10. April 1945 insgesamt 549 Todesurteile vollstreckt - an Menschen aus 15 Ländern. Grausam ging das Naziregime - speziell auch in Halle - mit ihren politischen Gegnern, mit Kriegsdienstverweigerern, mit Zeugen Jehovas, aber auch mit Kleinkriminellen und kriminalisierten Häftlingen um.

In der DDR waren Teile des „Roten Ochsen“ Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (1950 bis 1989).

Auch wenn man die politischen Bedingungen jener Zeit berücksichtigen muss, auch wenn es in

dieser Haftanstalt zu DDR-Zeiten (nach allem, was mir bekannt ist) keine Exekutionen gab, bleibt die bittere Erkenntnis: Es sind Menschen verfolgt und inhaftiert worden, die andere Vorstellungen vom Leben, von Freiheit und selbstbestimmten Handeln hatten als die offizielle Partei- und Staatspolitik. Menschen ist - auch und gerade im „Roten Ochsen“ - Leid zugefügt worden.

Dies darf niemals vergessen werden.

Aber grausam und menschenmordend war das Naziregime, und es verbietet sich, das, was in der DDR geschah, damit sozusagen in eine Reihe zu stellen. Um auf die o. a. Themen aus dem Programm unserer Volkshochschule zurückzukommen: Auch wenn Überschriften bzw. Themen nur begrenzt darüber Auskunft geben, was inhaltlich geboten und besprochen wird: Ich halte nicht nur die Sprache für unangemessen, sondern auch die Relation der Themen sowie die inhaltliche Zusammenfassung von Dingen, die m. E. nicht zusammengehören. Aus alledem spricht übrigens ein bestimmter Geist, dem man heute in politischen Auseinandersetzungen allenthalben begegnet.

Eine letzte Bemerkung:

Adolf Reichwein, der Namensgeber unserer Volkshochschule, war bekanntlich ein Widerstandskämpfer und wurde von den Nazis ermordet. Sein Vermächtnis sollte uns stets gegenwärtig sein.

Prof. Dr. Siegfried Kiel

## Beschränkungen der Arbeitnehmerfreiheit: Fluch oder Segen?

In Vorbereitung des Politfrühschoppens am 26.10.2008 veröffentlichen wir hier die Thesen zur Veranstaltung von Dr. H. Hofbauer

\*) Die „ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit“ gehört neben dem freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr zu den vier kapitalistischen Freiheiten. Sie ist ein Kernelement des sogenannten „Acquis communautaire“, des Rechtsbestandes der Europäischen Union, der in 31 Kapiteln ab 1998 der Legislative aller EU-Beitrittskandidaten übergestülpt worden ist.

\*) Den EU-Mitgliedstaaten wurde eine Beschränkung respektive Fristverlängerung für die Einführung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für 3 + 2 + 3 Jahre ermöglicht. Großbritannien, Irland und Schweden haben davon 2004 nicht Gebrauch gemacht.

Spätestens 2011 wird die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit innerhalb der EU für alle Länder schlagend, 2014 auch für rumänische und bulgarische ArbeiterInnen.

\*) Die Beschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit wurde als Schutzmaßnahme nationaler Arbeitsmärkte z.B. in Deutschland und Österreich erlassen.

Die Umsetzung dieser Beschränkung provoziert illegale Beschäftigung und eine Informalisierung des Arbeitsmarktes.

\*) Über die Dienstleistungsfreiheit und entsprechende EU-weit gültige Richtlinien werden zeitgleich lokale und nationale Tarifverträge und Arbeitsrechte ausgehebelt.

\*) Mit der fortgesetzten Brüsseler Politik der Osterweiterung (Kroatien befindet sich im Aufnahme-

verfahren, Makedonien ist mit dem Kandidatenstatus versehen, die Türkei in der Warteschlange, Bosnien-Herzegowina mit einem Assoziationsvertrag in der Vorbereitung auf das Aufnahmeverfahren und Serbien mit Versprechungen auf einen Assoziationsvertrag unter sozioökonomischem und politischem Druck) ist auch die „ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit“ mit einer permanenten Ausdehnung in Richtung neuer Arbeitsmärkte konfrontiert. Der Druck auf die Arbeitsmärkte in Kerneuropa wird damit aufrechterhalten.

\*) Die treibende Kraft hinter der EU-Osterweiterung ist ökonomischer Natur. Sie geht von anlage-suchendem Kapital auf der Suche nach möglichst rentabler Verwertung aus. Diese Verwertung geschieht durch Expansion, was sowohl größere Absatz- als auch Arbeitsmärkte betrifft. Entsprechend ist die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in erster Linie der Unternehmerseite sowie nationalen politischen Eliten an der EU-Peripherie ein Anliegen.

\*) Die Situation nach dem Zusammenbruch von staatsgelenkter Wirtschaft und „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) 1989/91 zeichnet sich durch folgende Phänomene aus:

1.) Herstellung eines Arbeitsmarktes in den Ländern Osteuropas durch Mobilisierung der in der Folge zu „ArbeitnehmerInnen“ gemachten ArbeiterInnen:

Schrumpfung des „sozialistischen Arbeitsmarktes“, Informalisierung der Beschäftigungsverhältnisse, Emigration, Bürgerkrieg.

2.) Ideologische Verbindung der Ausländerfrage mit wirtschaftsliberalen Begehrlichkeiten in Westeuropa. Der Import billiger Arbeitskräfte in die Zentralräume wird von herrschender Politik und herrschenden Medien als ausländerfreundlich, die Kritik daran als ausländerfeindlich betrachtet.

3.) Extreme Lohnunterschiede innerhalb eines EU-Marktes von z.B. zwischen Polen und Deutschland 1:15 (1995) bis 1:8 (2008) setzen sich durch.

4.) ArbeiterInnenmangel in der EU-Peripherie seit 2004 führt zur weiteren Verlagerungen von Produktionsstätten in Richtung Osten (Ukraine, Belarus) sowie Import noch billigerer Arbeitskräfte aus der Ukraine (Bauwirtschaft und PKW-Cluster Tschechien) und aus China (Textilindustrie Rumänien).

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail info@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
09.10.2008  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 23.10.2008

## DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

### Börsengang der DB AG stoppen, nicht verschieben

Zur Meinungsäußerung mehrerer Landesverkehrsminister zum geplanten Börsengang der DB AG bemerkt der verkehrspol. Sprecher der Fraktion Uwe Heft:

„Die Position der LINKEN ist bekannt: Nurein vollständiger Verzicht auf den Börsengang der DB AG liegt im Interesse aller. Die Verkehrsminister der Länder meinen mit „aller“ ganz offensichtlich nicht die Millionen von Fahrgästen, welche täglich die DB nutzen und auf sie angewiesen sind.

Angesichts der Verstaatlichung von großen Teilen der privaten Finanzwirtschaft sollten die Länderverkehrsminister anstatt über eine Verschiebung des Verkaufs von Teilen der DB AG aus rein fiskalischen Interessen über den vollständigen Verzicht auf den Börsengang nachdenken. Denn wenn die Verkehrsminister die Vertretung „aller“ Interessen ernst nehmen und dies die tatsächliche Motivation ist, gibt es zu einem Verzicht des Börsengangs der DB AG keine Alternative.

In den Interessen aller liegen auch die Interessen der Länder. Diese werden mit dem bekannten Fahrplan zum Börsengang der DB AG überhaupt nicht berücksichtigt. Wenn die im Entwurf bekannte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung bereits heute festlegt, dass Instandhaltungen und Investitionen in Strecken mit weniger als 1.000 Fahrgästen täglich bzw. in Bahnhöfe mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern auf Veranlassung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwick-

lung zu unterlassen sind, widerspiegelt dies eben ausdrücklich nicht die Interessen der Länder.

DIE DB AG darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen, DIE LINKE fordert einen kompromisslosen Verzicht auf den Verkauf öffentlichen Eigentums zum Zwecke der Gewinnmaximierung Privater.“

### Ohne Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft keine Zukunftsfähigkeit

Zu Firmengründungen aus Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Dr. Frank Thiel:

„Im Übergang zur wissensbasierten Produktionsweise ist die enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unerlässliche Voraussetzung. Innovation und die Entwicklung neuer Produkte - vor allem unter dem Aspekt, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln - ist für DIE LINKE genau der Wachstumspfad, der gerade im Osten dringend begangen werden muss.

Eine deutliche Schwäche der Innovationslandschaft in Sachsen-Anhalt ist die niedrige Forschungs- und Entwicklungsintensität (der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten mit Forschungs- und Entwicklungsfunktionen im verarbeitenden Gewerbe), welche in Sachsen-Anhalt unter dem Schnitt der neuen Bundesländer und weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt.

Da wird von der Landesregierung mit den benannten absoluten Zah-

len nur die halbe Wahrheit abgebildet. Zum einen liegt das Problem darin begründet, dass viele der kleinen und mittleren Unternehmen vergleichsweise wenig in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten investieren können. Gleichzeitig ist insbesondere der industrielle Sektor durch große Unternehmen geprägt, deren Hauptsitze - in welchen die Forschungsaktivitäten vornehmlich stattfinden - außerhalb Sachsen-Anhalts liegen. Die Forschungs- und Entwicklungspotenziallücke zu den alten Bundesländern beträgt immer noch 45 %, und sie wäre noch wesentlich größer, gäbe es nicht die staatliche Förderung für Forschungs- und Entwicklung.

Die erfolgreiche Teilnahme an Bundesprojekten (InnoREGIO, NEMO, Innovationsforen, regionale Wachstumskerne, NEMAT) basiert auf dem persönlichen Engagement weniger Personen und nicht auf einer Innovationsstrategie des Landes. Es gibt seit 2007 eigentlich auch keine wirtschaftsnahe Technologietransferstruktur mehr, die vom Land unterstützt wird. Alle kleinen Einrichtungen, wie Technologie- und Gründerzentren (TGZ), versuchen sich selbst am Leben zu halten. Finanziellen Spielraum haben einige größere Zentren und hier insbesondere die Zentren in Halle und Magdeburg, die in das wirtschaftliche Risiko gehen, große Projekte im Wettbewerb zu anderen Regionen zu entwickeln und einzuwerben.

Die einseitige Orientierung des Wissenstransfers Wirtschaft-Wissenschaft an den Hochschulen muss auch aus Sicht der LINKEN verändert werden. Hier sind beste-

hende Firmennetzwerke konsequenter einzubinden.

Positiv sind die benannten Firmentwicklungen aus Netzwerken heraus zu bewerten. Dennoch sind einige darunter, die nach ihrer erfolgreichen Ausgründung nicht unwesentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten hatten, ihre Produkte auch im Osten umzusetzen. Noch viel zu häufig ist die Tatsache zu verzeichnen, dass innovative Verfahren in Sachsen-Anhalt mit großzügiger staatlicher Förderung entwickelt wurden, die nachhaltige Produktentwicklung und Vermarktung sowie die Schaffung anspruchsvoller Arbeitsplätze aber dann aufgrund der finanzschwachen ostdeutschen Unternehmen in anderen Regionen erfolgte. DIE LINKE erwartet hier von der Landesregierung konsequenteres und wirksameres Agieren, eine Innovationsstrategie des Landes gehört endlich auf den Tisch.“

## **DIE LINKE hat sich als politische Kraft etabliert**

Zur heute vorgestellten DIW-Studie zur Anhängerschaft der LINKEN erklärt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

DIE LINKE ist eine Partei mit klar erkennbarem politischem Gestaltungsanspruch, bei der auch Protest gegen sozial ungerechte Zustände gut aufgehoben ist. Die heute vorgestellte Studie zeigt, dass die Verankerung unserer Partei in Ost und West wächst.

Die Studie widerlegt alle Behauptungen unserer politischen Gegner, DIE LINKE sei ein vorübergehendes Phänomen, deren Erfolg allein auf dem angeblichen „Sozialneid“ ihrer Anhänger beruhe. DIE LINKE verfügt über eine wachsende eigene Stammwählerschaft. Die Studie zeigt, dass es quer durch alle sozialen Schichten Menschen gibt, die auf eine gerechte Gesellschaft, auf Demokratie und politische Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber blinder Marktgläubigkeit setzen. Das ermutigt uns in unserer weiteren politischen Arbeit. Unter dem Druck der LINKEN haben die anderen Parteien ihr soziales Gewissen - wenn auch zunächst nur verbal - wiederentdeckt. Wir werden dafür sorgen, dass die soziale Frage weiter im Zentrum der Politik bleibt.

Die Alternativen der LINKEN jenseits des neoliberalen Zeitgeistes finden angesichts des Scheiterns der überholten Politikkonzepte immer größeren Zuspruch.



**Der Basisverband Halle-Nord der Partei**

**DIE LINKE lädt ein:**

**Aktuelles aus dem Landtag  
Sachsen-Anhalt und Stadtrat Halle  
Öffentliches Forum**

**mit Hendrik Lange (MdL)**

**Donnerstag, 23. Oktober 2008**

**16.30 Uhr**

**Sekundarschule Johann Christian Reil,**

**Raum 110**

**Ernst-Schneller-Straße 1**

### **Christian Friedrich Hebel**

Dies ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah!

Die Luft ist still, als atmete man kaum,  
Und dennoch fallen raschelnd, fern und nah,  
Die schönsten Früchte ab von jedem Baum.

O stört sie nicht, die Feier der Natur!

Dies ist die Lese, die sie selber hält,  
Denn heute löst sich von den Zweigen nur,  
Was von dem milden Strahl der Sonne fällt.

## Mehr Bildung über die DDR erwünscht (4)

**HEUTE : "So nicht weiter"**

**Herbst 1989**

Im September 1989 war die Meinung „So kann es nicht weiter gehen!“ in der DDR weit verbreitet. Selbst Werkdirektoren, Schulleiter und Parteisekretäre stimmten dem zu. Alle erwarteten eine Aussprache über die tatsächlichen Schwierigkeiten in der Wirtschaft, über die Ursachen des Anwachsens der „Republikflucht“, über die Auswirkungen der sowjetischen „Perestroika“. Der Unmut gegen die Deckelung der Diskussion in der DDR wuchs, Änderungen wurden angemahnt. Die SED-Zentrale schwieg, sie vergab ihre „führende Rolle“.

Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR verliefen offiziell wie immer. Wie immer freuten sich die „DDR-Oberen“ und ihre Gäste, darunter auch M. Gorbatschow. Öffentlich unterstützte er die Führung der DDR und der SED.

Seit Anfang Oktober 1989 riefen die Montagsdemonstranten: „Wir sind das Volk!“ und verlangten Gehör. Der massive Druck zwang die örtlichen Parteifunktionäre zum Nachdenken. Zu den Unterzeichnern des Leipziger Aufrufs „Keine Gewalt, für einen freien Dialog!“ gehörten neben Gewandhausdirektor K. Masur auch 3 (!) Sekretäre der SED-Bezirksleitung. In Halle dagegen wurde die Demonstration vom 9. 10. durch Polizei auseinander getrieben. Die Fernsehbilder zeigten uns dramatische Szenen von „Botschaftsbesetzungen“ in Budapest und Prag sowie von prügelnden Volkspolizisten in Berlin (Ost) und Dresden. Immer wieder wiederholt prägen diese

Bilder ab nun in der Welt das Bild über die DDR, jeglicher anderer Eindruck war verdrängt. Die SED gelangte in immer stärkere Bedrängnis. Tausende Mitglieder traten aus der Partei aus. Am 17. 10. wurde E. Honecker „entmachtet“ und E. Krenz wurde Parteichef. Er verkündete „die Wende“ mit einer Amnestie für „Republikflüchtlinge“, einem „Reisegesetz“ und anderen Änderungen. Zur Wende gehörten personelle Konsequenzen. Mehrere Politbüromitglieder erklärten ihren „Rücktritt“- der Hallenser Bezirkschef A. Böhme war noch nicht dabei.

Im November 1989 hielten die Massenproteste an. In Halle fand die grösste Demonstration mit etwa 80000 Teilnehmern am 6. 11. statt. Was die Hallenser vom "Betonkopf" Böhme hielten, machten sie ihm mit Pfiffen klar. Am 9. 11. musste er „abtreten“.

Das Unerwartete geschah am Abend des 9. November: Während einer Pressekonferenz wurde die „sofortige Öffnung der Grenze“ bekanntgegeben. Der „Wahnsinn“ begann. Noch vor Mitternacht öffneten sich die Tore nach Westberlin. Binnen weniger Tage führen

sehr viele DDR-Bürger nach Berlin-West oder in die alte BRD, erhielten dort „Begrüßungsgeld“, staunten, kauften Bananen und kamen zurück in die DDR.

Für die Regierenden und für das Volk war eine völlig neue Situation entstanden. Die Regierung Stoph war am Ende. Die „Volkskammer“ wählte am 13. 11. H. Modrow (SED) mit Gegenstimme zum neuen Ministerpräsidenten. Der Westen bezeichnete Modrow als „Reformer“ und „Hoffnungsträger“. Das Ziel der Ablösung der „alten Riege“ in Partei und Staatsführung war erreicht. Die Erwartungen an die „Neuen“ waren gross. Die innere Spaltung der Gesellschaft in der DDR war nicht aufgehoben: Der eine Teil der Bevölkerung war für ein Leben in der DDR, der immer lautere Teil forderte „Deutschland -einig Vaterland!“ „Die DDR - Regierung unter H. Modrow schlug Ende November eine „Vertragsgemeinschaft“ bzw. eine „Konföderation beider deutscher Staaten“ vor. Dr. Kohl lehnte am 28. 11. gleichberechtigte Verhandlungen ab.

Die DDR bestand noch 10 Monate.  
G.Nau

**INFO! INFO! INFO! INFO!**

Ab 16.10.2008 wird das Büro  
des Stadtverbandes in der Blumenstraße  
auch Donnerstags von 11.00 - 15.00 Uhr  
besetzt sein.



## Was keiner wagt Konstantin Wecker im Konzert

Zum Auftakt zu seiner Deutschlandtournee war Konstantin Wecker nicht zum ersten Mal im halleschen Steintor zu Gast. Ein veränderter, neuer, junger Wecker. Mit seiner neuen Band (Jo Barnikel, Lenz Retzer, Peter Wrba und Wolfgang Gleixner) gab sich einer der bekanntesten Liedermacher diesmal unerwartet jazzig-rockig. Erfrischend musikalisch variantenreich, aber nach wie vor durchaus klar in seinen politischen Aussagen. Aber auch poetische und skurille Liebeslieder kamen zu Gehör. In der ersten Hälfte des Konzertes hätte man sich fast auf einer Abschiedstournee wähnen könne. Eine sehr persönliche Rückschau auf 40 Jahre Bühnenpräsenz, ein Œuvre seines musikalischen Schaffens. Manche alt vertrauten Lieder klangen völlig neu, die neue Band hat offensichtlich neue Perspektiven des Arrangements eröffnet. Im zweiten Teil stellte er seine neue CD „Gut’n Morgen, Herr Fischer“ vor, die er zum 850. Jubiläum seiner Heimatstadt München herausgebracht hat. Trotz der bayerischen Sprache und Klänge durchaus anhörenswert. Wir durften einen Konstantin Wecker

**Foto: Thomas Karsten** erleben, der ganz still singt - aber nicht weniger kraftvoll, als bekannt.

Nach sage und schreibe 4 Zugaben und 3,5 Stunden guter Musik freut man sich heute schon auf das nächste Konzert in Halle.

Marianne Böttcher

**Link: [www.wecker.de](http://www.wecker.de)**

**8. November 2008 | im Landtag von Sachsen-Anhalt**

### **Innovationscenter Hochschule - zwischen Autonomie und Finanznot ?**

Die akademischen Forschungs- und Bildungsstätten sind zunehmend in der Pflicht, einen wichtigen Beitrag für die soziale, kulturelle und demokratische Entwicklung des Landes, zur Entwicklung einer leistungsfähigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft und gemeinsam mit der Wirtschaft für die Stärkung der Innovationspotentiale zu leisten. Dabei geht DIE LINKE davon aus, dass ein freier Zugang zu akademischer Bildung auch in Zukunft zu den demokratischen Grundfesten unserer Gesellschaft gehören muss. Die Konferenz soll die Spannungsfelder zwischen den Erwartungen an akademische Bildung und Forschung, der inneren Verfasstheit der Hochschulen und ihrer Organisation, zwischen effektivem Hochschulmanagement und Hochschuldemokratie sowie den erforderlichen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen und ihrer Verteilungsmechanismen thematisieren und näher beleuchten.

DIE LINKE will ihre Positionen zur Hochschulentwicklung in Sachsen-Anhalt zur Diskussion stellen.

**Wulf Gallert, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE**

**Hendrik Lange, Hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher**

**Dr. Angelika Klein, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt**

**DIE LINKE.**

Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

**rls**

SACHSEN ANHALT

Ansprechpartner: Peter Joseph, Adresse: Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, Telefon: 0391 560-5009,  
Fax: 0391 560-5008, e-mail: [joseph@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:joseph@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)